

AGNÈ MAKRIS

Verwalten in „Modernen Protektoraten“

Jus Internationale et Europaeum

Mohr Siebeck

Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von

Thilo Marauhn und Christian Walter

168



Agnè Makris

Verwalten in „Modernen Protektoraten“

Rechtmäßigkeitsanforderungen
an EU-Verwaltungsmissionen
am Beispiel der EULEX-Mission im Kosovo

Mohr Siebeck

Agnė Makris, geboren 1983; Studium der Rechts-, Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Mykolas Romeris Universität in Vilnius (Litauen); LL.M. (Konstanz); Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht und Rechtsvergleichung an der Universität Konstanz; seit 2015 Juristin in einer internationalen Wirtschaftskanzlei in München; 2018 Promotion.
orcid.org/0000-0002-3237-992X

Dieses Buch wurde gefördert mit Mitteln des im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder eingerichteten Exzellenzclusters der Universität Konstanz „Kulturelle Grundlagen von Integration“.

ISBN 978-3-16-157709-3 / eISBN 978-3-16-157710-9
DOI 10.1628/978-3-16-157710-9

ISSN 1861-1893 / eISSN 2568-8464 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Times Antiqua gesetzt und von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

„[...] what makes the situation in Kosovo unique is the executive authority of international actors. This means that the rule of law in Kosovo is not only promoted but also enforced“*

* *Sannerholm*, in: Zürn/Nollkaemper/Peerenboom (Hrsg.), *Rule of Law Dynamics*, 252 (276).

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2017 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Konstanz als Dissertation angenommen. Dazu wäre es ohne die Unterstützung einer Reihe von Personen und Institutionen nicht gekommen, denen ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen möchte.

An erster Stelle gilt mein Dank meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Hans Christian Röhl, der mich als Nicht-Muttersprachlerin ermutigt hat, diese herausfordernde und anspruchsvolle Reise erstmal zu wagen. Er hat mich auf das Thema meiner Arbeit aufmerksam gemacht und stets fördernd begleitet. Auch das lehrreiche Umfeld, das ich in meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl erleben durfte, hat wesentlich zum Erfolg dieser Arbeit beigetragen. Herrn Professor Dr. Daniel Thym, LL.M. (London), möchte ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens danken. Beiden Gutachtern sowie dem Prüfungsvorsitzenden Herrn Professor Dr. Marten Breuer danke ich für die rege und interessante Diskussion während der Disputation am 26. Oktober 2018. Den Herausgebern, Herrn Professor Dr. Thilo Marauhn und Herrn Professor Dr. Christian Walter, gilt mein Dank für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe *Jus Internationale et Europaeum*.

Diese Arbeit entstand als Teil des Forschungsprojektes „*Verwalten in Modernen Protektoraten II: Die EULEX-Mission der Europäischen Union im Kosovo*“, das vom Exzellenzcluster „*Kulturelle Grundlagen von Integration*“ der Universität Konstanz großzügig finanziert wurde. Dem Exzellenzcluster bin ich für die Ermöglichung meiner Forschungstätigkeit in Konstanz, die Unterstützung von unersetzbaren empirischen Forschungsaufenthalten vor Ort im Kosovo und in Brüssel sowie nicht zuletzt für die Übernahme der Lektorat- und Druckkosten zu Dank verpflichtet. An dieser Stelle gilt mein Dank auch all jenen Mitarbeitern der EULEX-Mission sowie den Vertretern der EU-Institutionen, die sich bereit erklärten, meine Fragen zur völkerrechtlichen Lage und tatsächlichen Umsetzung des Mandats der EULEX-Mission in der Praxis zu beantworten. Ohne diese Experteninterviews wären viele wertvolle Erkenntnisse für diese Arbeit nicht möglich gewesen.

Danken möchte ich außerdem meinen Freunden und ehemaligen Kollegen an der Universität Konstanz, die in vielfältiger Weise zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Besonders hervorheben möchte ich Dr. Stela Rjollji,

LL.M. Eur., die mich unter anderem im Kosovo begleitet und tatkräftig unterstützt hat, Dr. Julia Schieber, Sabine Gerber, Professor Dr. Marcel Kau, LL.M. (Georgetown), Dr. Julia Herzog-Schmidt, Dr. Cordelia Carlitz, Dr. Katharina Meyer, Dr. Danny Lau, Ieva Kamguia Mvé, M. A. sowie Audrius Paura, M. A.

Meinen Eltern, Dina Margaliké und Romualdas Vaičekaukas, und meinen Schwiegereltern, Anastasia und Charis Makris, möchte ich für jede Unterstützung danken, die sie mir haben zuteil werden lassen. Meiner Schwester, Monika Ernaitė, habe ich für ihr Zutrauen und ihre motivierenden Worte zu danken. Ganz herzlich danke ich auch all meinen Freunden in München, die mir mit ihrer Freundschaft beim Endspurt meiner Promotion zur Seite standen.

Mein allergrößter Dank gilt meinem Ehemann, Dr. Spyros Makris, LL.M. Ohne seinen kritischen juristischen Blick, seine gewissenhafte Lektüre und präzise Anmerkungen wäre diese Arbeit nicht zu dem geworden, was sie jetzt ist. Das unermüdete Wiederholen der Zeilen „Ο, τι αξίζει πονάει και είναι δύσκολο“ hat mir in den richtigen Momenten stets Motivation und Kraft für die lange währende Arbeit an der Dissertation gespendet. Ohne seine Unterstützung und seine Geduld wäre ich nicht weit gekommen. Ihm ist diese Arbeit in großer Dankbarkeit gewidmet.

Schließlich danke ich meiner einjährigen Tochter Tessa, dass sie da ist. Sie ist ein wichtiger Faktor dafür gewesen, dass ich die letzten Schritte dieser langen Reise geschafft habe.

München, im Juli 2020

Agnė Makris (geb. Vaičekaukaitė), LL.M.

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Einleitung	1
<i>A. Forschungsgegenstand und Fragestellung</i>	1
<i>B. Gang der Untersuchung</i>	4
<i>C. Quellen</i>	5
<i>D. Begrifflichkeiten</i>	6
<i>E. Staats- und Ortsnamen</i>	8
1. Teil: Die EULEX-Mission als Phänomen der Ausübung von Hoheitsgewalt durch die EU außerhalb ihrer Grenzen	11
<i>A. Historischer Hintergrund des Kosovokonflikts und Aufbau der internationalen Zivilpräsenz im Kosovo</i>	11
I. Der Kosovokonflikt	11
II. Die Unterstellung des Kosovo unter UN-Verwaltung 1999 – UNMIK-Mission	17
III. Die Umstrukturierung der internationalen Zivilpräsenz im Kosovo 2008 – die Einsetzung der EULEX-Mission	21
<i>B. Die EULEX-Mission: Das Mandat und seine Umsetzung in der Praxis</i>	30
I. Das Mandat der EULEX-Mission: Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP .	30
II. Die tatsächliche Umsetzung des Mandats: Handlungsformen der EULEX-Mission	50
<i>C. Ausübung von Hoheitsgewalt im Rahmen der EULEX-Mission</i>	138
I. Das Handeln von EU-Verwaltungsmissionen als Ausübung von Hoheitsgewalt	139
II. Das Handeln der EULEX-Mission als Ausübung von Hoheitsgewalt	143

III. Ergebnis zu C.: Die EULEX-Mission als Beispiel „extern ausgeübter Hoheitsgewalt der EU“	148
2. Teil: Standards rechtmäßigen EU-Verwaltens im Rahmen von Verwaltungsmissionen	149
<i>A. Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen</i>	149
I. Erforderlichkeit einer Kompetenzgrundlage	150
II. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlagen für die Entsendung von EU-Verwaltungsmissionen	154
III. Europarechtliche Kompetenzgrundlagen für die Entsendung von EU-Verwaltungsmissionen	209
<i>B. Rechtmäßigkeitsanforderungen für die Ausübung externer Hoheitsgewalt der EU im Rahmen von EU-Verwaltungsmissionen</i>	234
I. Völkerrechtliche Vorgaben für die Ausübung von Hoheitsgewalt	235
II. Europarechtliche Vorgaben für die Ausübung von Hoheitsgewalt	258
<i>C. Gesamtergebnis zum 2. Teil: Standards rechtmäßigen EU-Verwaltens</i>	281
I. Vorhandensein von Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen	282
II. Rechtmäßigkeitsanforderungen für die Ausübung externer Hoheitsgewalt im Rahmen von EU-Verwaltungsmissionen	283
3. Teil: Anwendung des herausgearbeiteten Maßstabs auf die EULEX-Mission	287
<i>A. Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung der EULEX-Mission</i>	287
I. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	287
II. Europarechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	312
<i>B. Rechtmäßigkeit des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission</i>	321
I. Rechtsgrundlagen für das hoheitliche Handeln der EULEX-Mission	321
II. Normative Verankerung der Pflicht zur Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei der Durchführung hoheitlicher Maßnahmen durch die EULEX-Mission	422
III. Rechtskontrolle des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission	434
<i>C. Gesamtergebnis zum 3. Teil: Einhaltung der Standards rechtmäßigen EU-Verwaltens durch die EULEX-Mission</i>	499
I. Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung der EULEX-Mission	499

II. Rechtmäßigkeit des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission	507
Schlussfolgerung und Zusammenfassung	521
Literaturverzeichnis	523
Materialienverzeichnis	557
Sachverzeichnis	563

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Einleitung	1
<i>A. Forschungsgegenstand und Fragestellung</i>	1
<i>B. Gang der Untersuchung</i>	4
<i>C. Quellen</i>	5
<i>D. Begrifflichkeiten</i>	6
<i>E. Staats- und Ortsnamen</i>	8
1. Teil: Die EULEX-Mission als Phänomen der Ausübung von Hoheitsgewalt durch die EU außerhalb ihrer Grenzen	11
<i>A. Historischer Hintergrund des Kosovokonflikts und Aufbau der internationalen Zivilpräsenz im Kosovo</i>	11
I. Der Kosovokonflikt	11
II. Die Unterstellung des Kosovo unter UN-Verwaltung 1999 – UNMIK-Mission	17
III. Die Umstrukturierung der internationalen Zivilpräsenz im Kosovo 2008 – die Einsetzung der EULEX-Mission	21
1. Ursprüngliches Konzept: Von der UNMIK-Mission zur EULEX-Mission	21
2. <i>Reconfiguration</i> -Plan: Start für den EULEX-Einsatz	24
<i>B. Die EULEX-Mission: Das Mandat und seine Umsetzung in der Praxis</i>	30
I. Das Mandat der EULEX-Mission: Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP	30
1. Ziel der EULEX-Mission	30
2. Aufgaben und Handlungsformen der EULEX-Mission	31
3. Struktur der EULEX-Mission	33
a) Die Struktur der EULEX-Mission 2008–2012	34
aa) Missionsleiter	34

bb) Justizkomponente	34
cc) Polizeikomponente	38
dd) Zollkomponente	40
ee) Administrative Abteilungen	40
b) EULEX 2.0 – die strukturelle Organisation der Mission 2012–2014	41
aa) Missionsleiter	44
bb) <i>Executive Division</i>	44
cc) <i>Strengthening Division</i>	45
dd) Administrative Abteilungen	46
c) Die Struktur der EULEX-Mission 2014–2018	47
d) Die Struktur der EULEX-Mission seit 2018	47
II. Die tatsächliche Umsetzung des Mandats: Handlungsformen der EULEX-Mission	50
1. Grundlage der Analyse: Die EULEX-Mission 2008–2013	50
2. Beobachtung, Anleitung und Beratung: MMA-Tätigkeiten	51
a) Das programmatische Konzept	51
b) MMA-Tätigkeiten im Bereich Justiz	55
aa) Richterschaft	55
bb) Staatsanwaltschaft	60
cc) Gefängniswesen	62
dd) Berater im Justizministerium des Kosovo	64
c) Die MMA-Tätigkeiten im Bereich Polizei	66
d) Die MMA-Tätigkeiten im Bereich Zoll	72
3. Exekutivbefugnisse	75
a) Gefahrenabwehr	75
b) Strafverfolgung	79
aa) Kriegsverbrechen	80
bb) Terrorismus	84
cc) Menschen- und Organhandel	85
dd) Schleuserkriminalität	89
ee) Ethnisch motivierte Verbrechen	90
ff) Mordfälle	91
gg) Organisierte Kriminalität	93
hh) Finanzkriminalität, Korruption, Erpressung	95
ii) Andere Strafermittlungen	99
c) Rechtsmedizin – Vermisste Personen	100
d) Rechtsprechung	103
aa) Gerichtsorganisation im Kosovo	103
bb) Judikatur	105
(1) Strafsachen	107
(a) Kriegsverbrechen	107
(b) Terrorismus	111
(c) Menschen- und Organhandel	112
(d) Schleuserkriminalität	112

(e)	Interethnische Verbrechen	113
(f)	Körperverletzungs- und Morddelikte	115
(g)	Organisierte Kriminalität	118
(h)	Finanzkriminalität, Korruption	120
(2)	Zivilsachen	123
(a)	Eigentumsstreitigkeiten	123
(aa)	Spezielle Jurisdiktion bei Eigentumsansprüchen	124
(bb)	Verfahren vor ordentlichen Zivilgerichten	126
(b)	Privatisierungsangelegenheiten	128
e)	Strafvollzug	132
f)	Grenz- und Zollkontrolle	133
g)	Beglaubigung von Personenstandsunterlagen	136
C.	<i>Ausübung von Hoheitsgewalt im Rahmen der EULEX-Mission</i>	138
I.	Das Handeln von EU-Verwaltungsmissionen als Ausübung von Hoheitsgewalt	139
1.	Merkmale der Ausübung von Hoheitsgewalt	140
2.	Rechtsdogmatische Einordnung des hoheitlichen Handelns von EU-Verwaltungsmissionen	142
a)	Keine supranationale Hoheitsgewalt der EU	142
b)	Neue Form des hoheitlichen EU-Handelns: „extern ausgeübte Hoheitsgewalt der EU“	142
II.	Das Handeln der EULEX-Mission als Ausübung von Hoheitsgewalt	143
1.	Die Wahrnehmung von MMA-Tätigkeiten durch die EULEX-Mission als Ausübung von Hoheitsgewalt?	143
2.	Die Wahrnehmung von Exekutivbefugnissen durch die EULEX-Mission als Ausübung von Hoheitsgewalt	144
a)	Die eigenständige Wahrnehmung von Exekutivbefugnissen durch die EULEX-Mission als Ausübung von Hoheitsgewalt	145
b)	Die Wahrnehmung von Exekutivbefugnissen durch die EULEX-Mission gemeinsam mit Institutionen des Kosovo als Ausübung von Hoheitsgewalt	146
III.	Ergebnis zu C.: Die EULEX-Mission als Beispiel „extern ausgeübter Hoheitsgewalt der EU“	148
2.	Teil: Standards rechtmäßigen EU-Verwaltens im Rahmen von Verwaltungsmissionen	149
A.	<i>Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen</i>	149
I.	Erforderlichkeit einer Kompetenzgrundlage	150
1.	Erforderlichkeit einer völkerrechtlichen Kompetenzgrundlage	150
2.	Erforderlichkeit einer europarechtlichen Kompetenzgrundlage	153

II. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlagen für die Entsendung von EU-Verwaltungsmissionen	154
1. Konsensverwaltung der EU	155
a) Einwilligung durch den Territorialstaat als Rechtsgrundlage für die Errichtung einer EU-Konsensverwaltung	155
b) Besonderheiten im Fall der Einbeziehung der EU in eine UN-Konsensverwaltung	161
2. Zwangsverwaltung durch die EU	162
a) Mögliche Rechtsgrundlagen für die Errichtung einer EU-Zwangsverwaltung	163
aa) Art. 53 Abs. 1 UN-Charta	164
bb) Art. 48 Abs. 2 UN-Charta	166
cc) Stellungnahme: Maßgeblichkeit des Art. 53 Abs. 1 UN-Charta	167
b) Art. 53 Abs. 1 UN-Charta als Rechtsgrundlage	168
aa) Die EU als Regionalorganisation i. S. d. Kapitels VIII UN-Charta	169
(1) Das Merkmal der Regionalität	170
(2) „Abmachung“ oder „Einrichtung“	174
(3) Sicherheitspolitische Zielsetzung	176
(4) Vereinbarkeit mit den Zielen und Grundsätzen der UN	181
(5) Ergebnis zu aa)	182
bb) EU-Zwangsverwaltung als Zwangsmaßnahme i. S. d. Art. 53 Abs. 1 UN-Charta	183
(1) Errichtung einer Territorialverwaltung als nach Art. 53 Abs. 1 UN-Charta zulässige Handlungsalternative	183
(2) Formen einer EU-Zwangsverwaltung i. S. d. Art. 53 Abs. 1 UN-Charta	189
(a) Verwaltende Tätigkeiten der EU im Rahmen einer UN-Zwangsverwaltung, Art. 53 Abs. 1 S. 1 UN-Charta	190
(b) Selbstständige EU-Zwangsverwaltung, Art. 53 Abs. 1 S. 2, 1. HS UN-Charta	190
cc) Autorisierung des UN-Sicherheitsrates i. S. d. Art. 53 Abs. 1 UN-Charta	191
(1) Formerfordernis: Resolution gemäß Art. 27 Abs. 3 UN-Charta	192
(2) Explizite oder implizite Autorisierung	194
(3) Die EU als Adressat der Autorisierung	195
(4) Zeitpunkt der Autorisierung: Vorherige und nachträgliche Autorisierung	196
(5) Feststellung der Friedensbedrohung gemäß Art. 39 UN-Charta durch den UN-Sicherheitsrat	201
(6) Effektive Kontrolle des EU-Verwaltungshandelns durch den UN-Sicherheitsrat	206
3. Ergebnis zu II.	208

III. Europarechtliche Kompetenzgrundlagen für die Entsendung von EU-Verwaltungsmissionen	209
1. Zulässigkeit von EU-Verwaltungsmissionen auf Drittterritorium	210
a) Zulässigkeit von zivilen, friedenskonsolidierenden GSVP-Missionen auf Drittterritorium	210
aa) Ansätze einer Sicherheits- und Friedenspolitik der EU	210
bb) Primärrechtliche Verankerung von „Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten“, Art. 43 Abs. 1 S. 1 EUV	216
b) Zulässigkeit der Betrauung von GSVP-Missionen mit Exekutivbefugnissen	218
aa) Einsatzspektrum und mögliche Mandate ziviler GSVP-Missionen	218
(1) Polizeimissionen	219
(2) Rechtsstaatlichkeitsmissionen	220
(3) Missionen zur Stärkung der Zivilverwaltung	222
(4) Missionen zum Zivil- und Katastrophenschutz	223
(5) Beobachtermissionen	224
(6) Missionen zur Unterstützung der EU-Sonderbeauftragten	224
bb) Einordnung von EU-Verwaltungsmissionen	224
c) Zulässigkeit der Errichtung von EU-Verwaltungsmissionen als eine Komponente innerhalb einer UN-Territorialverwaltung	227
2. Erforderlicher Rechtsakt: Beschluss i. S. d. Art. 43 Abs. 2 i. V. m. Art. 28 EUV	229
a) Beschlussfassung und Verfahren	230
b) Materielle Anforderungen	231
3. Ergebnis zu III.	233
<i>B. Rechtmäßigkeitsanforderungen für die Ausübung externer Hoheitsgewalt der EU im Rahmen von EU-Verwaltungsmissionen</i>	<i>234</i>
I. Völkerrechtliche Vorgaben für die Ausübung von Hoheitsgewalt	235
1. <i>De lege lata</i> : Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts	235
a) Allgemeine Grundsätze in Hinblick auf die Ausübung von Hoheitsgewalt	236
aa) Rechtssatz zur rechtlichen Begrenzung der Hoheitsgewalt	236
(1) Internationale Menschenrechtsgarantien	236
(2) Praxis staatsähnlich handelnder Völkerrechtsregime	237
(a) Kriegerische Besatzung und Treuhandverwaltung	237
(b) Ausübung internationaler Strafgewalt durch Straftribunale	238
(c) Strafrechtliche Maßnahmen des UN-Sicherheitsrates zur Terrorismusbekämpfung	241
(3) Ergebnis zu aa)	241

bb)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	242
cc)	Rechtssatz zur rechtlichen Überprüfbarkeit von Hoheitsgewalt	243
(1)	Der völkerrechtliche Grundsatz <i>Rule of Law</i>	243
(a)	Schaffung von Kontrollverfahren zur Überprüfung der Einhaltung des Rechts.	243
(b)	Bereitstellung von Rechtsschutzmechanismen zur Sicherstellung materieller Menschenrechtsgarantien	244
(2)	Praxis staatsähnlich handelnder Völkerrechtsregime	246
(3)	Ergebnis zu cc).	247
b)	Anwendung auf EU-Verwaltungsmissionen	247
2.	<i>De lege ferenda</i> : Völkervertragsrecht – EMRK	249
a)	Völkervertragsrechtliche Bindung der EU an die EMRK: Rechtslage vor und nach dem Beitritt der EU zur EMRK	250
b)	Vorgaben aus der EMRK an hoheitliches Handeln.	251
c)	Anwendbarkeit der EMRK auf das hoheitliche Handeln von EU-Verwaltungsmissionen	254
aa)	Begriff der Hoheitsgewalt i. S. d. Art. 1 EMRK	254
bb)	Qualifizierung des EU-Verwaltungshandelns als Hoheitsgewalt i. S. d. Art. 1 EMRK	256
d)	Ergebnis zu 2.	257
3.	Ergebnis zu I.	258
II.	Europarechtliche Vorgaben für die Ausübung von Hoheitsgewalt.	258
1.	Das Rechtsstaatsprinzip und der Menschenrechtsschutz.	259
2.	Bindung der EU an das Rechtsstaatsprinzip und die EU-Grundrechte im Rahmen der GSVP	261
3.	Rechtsstaatliche und menschenrechtliche Anforderungen an die Ausübung hoheitlichen Handelns	263
a)	Rechtsgrundlagen für hoheitliche Maßnahmen: Rechtssatzvorbehalt, Bestimmtheitsgrundsatz und Bekanntgabeerfordernis	264
b)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	267
c)	Rechtskontrolle	269
aa)	Rechtsschutz	269
(1)	Unionsgrundrecht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz	269
(2)	Ausdehnung des Individualrechtsschutzes auf das individualgerichtete Handeln der EU	271
(a)	(Begrenzter) Rechtsschutz gegen GASP/ GSVP-Maßnahmen, Art. 275 Abs. 2 2. Alt. EUV	271
(b)	Rechtsschutz gegen Handlungen sonstiger EU-Stellen, Art. 263 Abs. 1 S. 2 AEUV	276
(3)	Ergebnis zu aa).	277
bb)	Interne Rechtskontrolle: Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	278
d)	Anwendung auf EU-Verwaltungsmissionen	280

4. Ergebnis zu II.	281
C. <i>Gesamtergebnis zum 2. Teil: Standards rechtmäßigen EU-Verwaltens</i>	281
I. Vorhandensein von Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen	282
1. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen	282
2. Europarechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen	282
II. Rechtmäßigkeitsanforderungen für die Ausübung externer Hoheitsgewalt im Rahmen von EU-Verwaltungsmissionen	283
1. Vorhandensein ausreichender Rechtsgrundlagen für hoheitliche Maßnahmen von EU-Verwaltungsmissionen	283
2. Verpflichtung zur Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei der Durchführung hoheitlicher Maßnahmen durch EU-Verwaltungsmissionen	284
3. Gewährleistung einer effektiven Rechtskontrolle hoheitlichen Handelns von EU-Verwaltungsmissionen	285
 3. Teil: Anwendung des herausgearbeiteten Maßstabs auf die EULEX-Mission	 287
A. <i>Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung der EULEX-Mission</i>	287
I. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	287
1. Die EULEX-Mission als Konsensverwaltung?	288
a) Die Einladung durch das Kosovo als völkerrechtliche Kompetenzgrundlage	288
b) Völkerrechtliche Wirksamkeit der Einladung durch das Kosovo	289
aa) Staatsqualität des Kosovo	289
(1) Drei Elemente der Staatlichkeit	289
(2) Resolution 1244 (1999)	291
(3) Anerkennung durch andere Staaten	291
(4) Gutachten des Internationalen Gerichtshofs	292
bb) Rechtsverhältnis zwischen der EU und dem Kosovo	293
(1) Unterschiedliche Positionen der EU-Mitgliedstaaten	293
(2) Nichtanerkennung des Kosovo durch die EU	295
c) Ergebnis zu 1.	296
2. Die EULEX-Mission als Zwangsverwaltung	296
a) Die EULEX-Mission als Bestandteil der UNMIK-Verwaltung oder als eigenständige EU-Verwaltungsmission?	297
b) Die Autorisierung der EULEX-Mission als eigenständige Verwaltungsmission durch den UN-Sicherheitsrat – Art. 53 Abs. 1 S. 2, 1. HS UN-Charta	301

aa)	Die Resolution 1244 (1999) als formelle Ermächtigungsgrundlage	301
bb)	Feststellung einer Friedensbedrohung i. S. d. Art. 39 UN-Charta	301
cc)	Die EU als Adressat der konkludenten, nachträglichen Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates zur Errichtung der EULEX-Mission	302
(1)	Die EU als „zuständige internationale Organisation“ i. S. d. § 10 der Resolution 1244 (1999)	303
(2)	Die EULEX-Mission als „internationale zivile Präsenz“ i. S. d. § 10 der Resolution 1244 (1999)	303
(a)	„Internationale zivile Präsenz“ – ursprüngliche Deutung	303
(b)	„Internationale zivile Präsenz“ – dynamisch-evolutive Auslegung	305
(aa)	Kompetenz des UN-Sicherheitsrates zur authentischen Interpretation der Resolution 1244 (1999)	305
(bb)	Auslegung in Form der Präsidentiellen Erklärung des UN-Sicherheitsrates vom 26. November 2008 (S/PRST/2008/44)	308
3.	Ergebnis zu I.	311
II.	Europarechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	312
1.	Formelle Rechtmäßigkeit der EULEX-Mission	312
2.	Materielle Rechtmäßigkeit der EULEX-Mission	313
a)	Ziel	313
b)	Mandat	313
c)	Territoriales Tätigkeitsfeld	314
d)	Personelle und finanzielle Mittel	314
e)	Laufzeit	316
f)	Bedingungen – Einordnung der EULEX-Mission in den völkerrechtlichen Rahmen	316
aa)	Vorbereitungsschritte	316
bb)	Keine Bezugnahme auf die tatsächliche völkerrechtliche Rechtsgrundlage des EULEX-Einsatzes	317
cc)	Wortlaut der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP im Widerspruch zum völkerrechtlichen Mandat der EULEX-Mission	319
3.	Ergebnis zu II.	321
B.	<i>Rechtmäßigkeit des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission</i>	321
I.	Rechtsgrundlagen für das hoheitliche Handeln der EULEX-Mission	321
1.	Das Mandat der EULEX-Mission	322
a)	Völkerrechtliches Mandat: Resolution 1244 (1999) i. V. m. der Präsidentiellen Erklärung des UN-Sicherheitsrates vom 26. November 2008 (S/PRST/2008/44)	322

aa)	Innenrecht	322
	(1) Vorgaben an die interne Funktionsweise der EULEX-Mission	323
	(2) Vorgaben betreffend die parallele Präsenz von UNMIK- und EULEX-Mission	323
	(a) Kompetenzverteilung	323
	(b) Zusammenarbeit	325
	(c) Letztkontrolle durch die UN	326
bb)	Außenrecht: Materielle Vorgaben der Resolution 1244 (1999) ..	326
	(1) Friedenssicherung	327
	(2) Menschenrechtsschutz	328
	(3) „Statusneutralität“	329
cc)	Ergebnis zu a)	331
b)	Europarechtliches Mandat: Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP ..	332
aa)	Innenrecht: Vorgaben für die Organisation und Funktionsweise der EULEX-Mission	332
	(1) Struktur	332
	(2) Leitung der EULEX-Mission	334
	(3) Ausübung des EULEX-Mandats	335
	(a) Aufgaben und Zuständigkeitsverteilung	335
	(b) Exekutivbefugnisse	338
	(4) Verfahrensrechtliche Organisation	340
	(a) Ausübung der Befugnisse der Leitung der EULEX-Mission	340
	(b) Informationsaustausch mit relevanten Akteuren	340
	(c) Berichterstattungsverfahren	341
	(d) Disziplinarverfahren	342
bb)	Außenrecht: Vorgaben für hoheitliche Maßnahmen der EULEX-Mission gegenüber Einzelnen	344
	(1) Ausübung der Polizeigewalt	344
	(2) Durchführung von Strafermittlungen	345
	(3) Überwachung des grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehrs	346
	(4) Ausübung der rechtsprechenden Gewalt	346
	(a) Wahl und Ernennung der EULEX-Richter	347
	(b) Zuständigkeit der EULEX-Richter	349
	(c) Garantien gegen äußeren Einfluss	350
	(d) Disziplinarverfahren	351
cc)	Ergebnis zu b)	352
2.	Anderweitiges Recht	353
a)	Völkerrecht	354
aa)	Völkerrechtlich geltende Menschenrechte als konkrete Maßstäbe für das EULEX-Verwaltungshandeln	354

(1) <i>De lege lata</i> : Völkergewohnheitsrechtliche Mindeststandards des Individualschutzes	354
(2) <i>De lege ferenda</i> : EMRK-Menschenrechte	356
bb) Andere völkergewohnheitsrechtliche Regelungen für die Ausübung von Hoheitsgewalt	358
(1) Anwendbarkeit von Regeln des humanitären Völkerrechts und des Treuhandsystems	358
(2) Selbstbestimmungsrecht	360
b) Europarecht	361
aa) Primäres EU-Recht: Unionsgrundrechte	361
(1) Begründung der Bindung der EULEX-Mission an Unionsgrundrechte	361
(2) Rechtsfolge der Unionsgrundrechtsbindung	362
(a) Primärrechtskonforme Auslegung des Art. 3 lit. i der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP.	362
(b) Konkrete Unionsgrundrechte als Maßstäbe für hoheitliches Handeln der EULEX-Mission	362
bb) Sekundäres EU-Recht und darauf beruhende Konzeptdokumente	364
(1) EU-Konzeptdokumente betreffend den Aufgabenbereich und die Organisation von EU-Verwaltungsmissionen	365
(a) Aufgaben	365
(aa) Polizei	365
(bb) Justiz	367
(cc) Zivilverwaltung, einschließlich Zoll	368
(b) Überprüfung der Aufgabenerfüllung – <i>Benchmarking</i> -Verfahren	369
(c) Weisungs- und Kontrollstrukturen	369
(d) Zusammenarbeit mit anderen Akteuren	370
(2) EU-Konzeptdokumente betreffend das außengerichtete Handeln von EU-Verwaltungsmissionen	371
(a) Leitlinien für polizeiliches Handeln	371
(aa) Europäischer Kodex der Polizeiethik	371
(bb) Regeln zur Anwendung polizeilicher Gewalt	374
(b) Leitlinien für justizielles Handeln	376
(c) Leitlinien für gute Verwaltung	378
(3) Rechtsverbindlichkeit der EU-Konzeptdokumente für die EULEX-Mission	379
(4) Ergebnis zu bb)	380
c) Lokales Recht: Das im Kosovo geltende Recht	380
aa) Kosovarische Gesetze als Ermächtigungsgrundlagen für das hoheitliche Handeln der EULEX-Mission	381
(1) Justiz	381
(a) Staatsanwaltschaft	382

(aa) Zuständigkeit von EULEX-Staatsanwälten	382
(bb) Personelle Zusammensetzung der SPRK-Sonderstaatsanwaltschaft	385
(cc) Strafverfolgungsbefugnisse	386
(b) Rechtsprechung	386
(aa) Zuständigkeit der EULEX-Richter in Straf- und Zivilsachen	386
(bb) Zusammensetzung der Spruchkörper	390
(2) Polizei und Strafvollzug	393
(3) Zoll	394
bb) Rechtsverbindlichkeit kosovarischer Gesetze für die EULEX-Mission	395
(1) Das tatsächlich im Kosovo geltende Recht	396
(a) Geltendes Recht: Juni 1999–Februar 2008	396
(b) Geltendes Recht seit Februar 2008: <i>de facto</i> -Koexistenz zweier Rechtssysteme	399
(2) Rechtsdogmatische Fassung des geltenden Rechts	403
(a) Weitergeltung der von der UNMIK-Mission geschaffenen Rechtsordnung des Kosovo	403
(b) Zulässigkeit eigenständiger kosovarischer Rechtssetzung?	403
(3) Rechtspraktische Wirklichkeit	404
(a) Faktische Handlungsunfähigkeit der UN	405
(b) Auswirkung auf die Geltungskraft kosovarischer Gesetze	409
(aa) „Normative Kraft des Faktischen“	409
(bb) Rechtlicher Status kosovarischer Gesetze	411
(4) Ergebnis zu bb): Bindung der EULEX-Mission an kosovarische Gesetze als sog. „vom SRSK konkludent gebilligtes Recht“	416
d) Interne Vorschriften der EULEX-Mission im Bereich Justiz	417
aa) Richtlinien des EULEX-Richterrates	417
(1) Organisatorische Richtlinien	418
(2) Richtlinien zur Geschäftsverteilung	418
bb) Rechtliche Qualität der Erlasse des EULEX-Richterrates	421
II. Normative Verankerung der Pflicht zur Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei der Durchführung hoheitlicher Maßnahmen durch die EULEX-Mission	422
1. Das Mandat der EULEX-Mission	422
a) Das völkerrechtliche Mandat der EULEX-Mission	422
b) Das europarechtliche Mandat der EULEX-Mission	422
2. Andere Rechtsquellen	423
a) EGRC- sowie EMRK-Menschenrechte	423
b) EU-Konzeptdokumente	428

c) Lokale Rechtsgrundlagen	429
aa) Kosovarischer Polizeigesetz	429
bb) Der kosovarische Strafprozesskodex	431
3. Ergebnis zu II.	434
III. Rechtskontrolle des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission	434
1. Kontrollverfahren zur Überwachung der Einhaltung rechtlicher Vorgaben durch die EULEX-Mission	435
a) EULEX-interne Kontrollverfahren	435
aa) Kontrolle innerhalb der EULEX-Mission	435
(1) <i>Benchmarking</i> -Verfahren	435
(2) <i>Human Rights and Gender Office</i>	436
(3) Spezielles Verfahren bei besonders schweren Straftaten	438
bb) Berichte der EULEX-Mission	439
(1) Berichtspflicht des EULEX-Missionsleiters	439
(2) Berichtspflicht des Zivilen Operationskommandeurs	440
(3) Berichte an den Rat der EU	442
b) Externe Kontrollverfahren	443
aa) Berichte des Hohen Vertreters der EU für GASP über die Tätigkeit der EULEX-Mission an die UN	443
bb) Überprüfung des EULEX-Handelns durch die Organe der EU	445
(1) Berichte des Rates der EU an das EU-Parlament	445
(2) Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs	447
2. Rechtsschutzmechanismen gegen hoheitliche Maßnahmen der EULEX-Mission	449
a) Gerichtliche Rechtsbehelfe	449
aa) EuGH	449
(1) Grundsätzliche Unzuständigkeit des EuGH	449
(2) Anwendbarkeit von Art. 275 Abs. 2 2. Alt. AEUV auf die EULEX-Mission	450
(a) EULEX-Hoheitsakte als restriktive Maßnahmen	450
(b) Zulässigkeit der Individualnichtigkeitsklage nach Art. 263 Abs. 4 AEUV	452
(aa) Nichtigkeitsklage gegen die Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP	453
(bb) Nichtigkeitsklage gegen EULEX-Hoheitsakte	453
(3) Ergebnis zu aa)	457
bb) EGMR	457
(1) Zuständigkeit <i>ratione loci</i> : EULEX-Verwaltungshandeln als Ausübung von Hoheitsgewalt i. S. d. Art. 1 EMRK	458
(2) Zuständigkeit <i>ratione personae</i>	460
(a) Völkerrechtliche Verantwortlichkeit für individuelles EULEX-Fehlverhalten	461
(aa) Zurechenbarkeit des Fehlverhaltens von sog. kontraktierten EULEX-Mitarbeitern	462

(bb) Zurechenbarkeit des Fehlverhaltens von sog. sekundierten EULEX-Mitarbeitern	463
(cc) Zwischenergebnis	469
(b) Folge bezüglich der Zuständigkeit des EGMR.	469
(3) Zuständigkeit <i>ratione temporis</i>	470
(4) Zuständigkeit <i>ratione materiae</i>	470
(5) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzung: Rechtswegerschöpfung	470
(6) Ergebnis zu bb)	472
cc) Menschenrechtsausschuss (IPbPR)	473
dd) Gerichte der beitragenden Staaten	474
(1) Frage der Zuständigkeit	475
(2) Wirksamer Zugang zu Gericht	477
(3) Ergebnis zu dd)	479
ee) Gerichte im Kosovo	480
(1) Die Immunität der EULEX-Mission und ihres Personals ...	480
(a) <i>Executive decision</i> des SRSG vom 9. Dezember 2008	480
(b) Das kosovarische <i>Law on the Status, Immunities</i> <i>and Privileges</i> vom 20. Februar 2008	482
(2) Vereinbarkeit des Ausschlusses des Rechtswegs mit dem Recht auf Zugang zu Gericht	484
b) Außergerichtliche Rechtsbehelfe	486
aa) <i>Human Rights Review Panel</i> (HRRP) – die EULEX-Mission ..	486
(1) Zuständigkeit des HRRP	487
(2) Effektivität des Rechtsschutzes	488
(a) Unabhängigkeit des HRRP	490
(b) Substanzielle inhaltliche Prüfung der Rüge durch das HRRP	491
(c) Gewährung rechtlichen Gehörs im Verfahren vor dem HRRP	492
(d) Rechtswirkung der Entscheidungen des HRRP	493
(3) Ergebnis zu aa)	495
bb) <i>Human Rights Advisory Panel</i> (HRAP) – die UNMIK-Mission	496
cc) Ombudsmann-Institution im Kosovo	497
dd) Europäischer Bürgerbeauftragter	498
C. <i>Gesamtergebnis zum 3. Teil: Einhaltung der Standards</i> <i>rechtmäßigen EU-Verwaltens durch die EULEX-Mission</i>	499
I. Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung der EULEX-Mission	499
1. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	499
2. Europarechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	502
II. Rechtmäßigkeit des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission	507

1. Vorhandensein einer ausreichenden Rechtsgrundlage für hoheitliches Handeln der EULEX-Mission	507
a) Untersuchte Rechtsquellen	507
b) Innenrecht: Vorgaben für die Errichtung und Funktionsweise der EULEX-Mission	508
c) Außenrecht: Vorgaben für hoheitliche Maßnahmen der EULEX-Mission gegenüber Einzelnen	511
2. Normative Verankerung der Pflicht zur Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei der Durchführung hoheitlicher Maßnahmen durch die EULEX-Mission	514
3. Gewährleistung einer effektiven Rechtskontrolle hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission	515
a) Kontrollverfahren zur Überwachung der Einhaltung rechtlicher Vorgaben durch die EULEX-Mission	516
b) Rechtsschutzmechanismen gegen hoheitliche Maßnahmen der EULEX-Mission	516
 Schlussfolgerung und Zusammenfassung	 521
 Literaturverzeichnis	 523
Materialienverzeichnis	557
Sachverzeichnis	563

Abkürzungsverzeichnis

ABI. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
a. F.	alte Fassung
AEJ	EULEX-Richterrat (Assembly of the EULEX Judges)
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AI	Amnesty International
AJIL	American Journal of International Law
Anm.	Anmerkung
AnwBL	Anwaltsblatt
A/RES/...	Resolution der UN-Generalversammlung
Art.	Artikel
AU	Organisation für Afrikanische Einheit (African Union, früher: Organisation of African Unity, siehe: OAU)
AVR	Archiv des Völkerrechts
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BiH	Bosnien-Herzegowina
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
bzw.	beziehungsweise
Chic.-Kent L. Rev	Chicago-Kent Law Review
Chinese JIL	Chinese Journal of International Law
CIVCOM	Ausschuss für die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung (Committee for Civilian Aspects of Crisis Management) – Beratungsorgan des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU (siehe: PSK)
CMPD	Direktion Krisenbewältigung und Planung (Crisis Management and Planning Directorate) – Abteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union
CoE	Europarat (Council of Europe)
CONOPS	Operationskonzept (Concept of Operation)
Cornell Int'l L. J.	The Cornell International Law Journal
CPCC	Ziviler Planungs- und Durchführungsstab (Civilian Planning and Conduct Capability) – Abteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (siehe: EAD)
CRA	Civil Registration Agency – zentrales Standesamt im Kosovo
CSO	zivile strategische Option (Civilian Strategic Option)

ders.	derselbe
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V.
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe
DPKO	Abteilung für Friedenssicherungseinsätze innerhalb des UN-Generalsekretariats (Department of Peacekeeping Operations)
DVBL	Deutsches Verwaltungsblatt
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst – auswärtiger und diplomatischer Dienst der EU (auch: EEAS)
ECOWAS	Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Economic Community of West African States)
EEA	Einheitliche Europäische Akte vom 17./18. Februar 1986
EEAS	European External Action Service (auch: EAD)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 12. Dezember 2007
EJIL	European Journal of International Law
EJL	European Law Journal
etc.	et cetera
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950
Entwurf der EU-Beitrittsüber-einkunft	Entwurf einer Übereinkunft zum Beitritt der EU zur EMRK vom 5. April 2013 (Draft revised agreement on the accession of the European Union to the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms)
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
ESR	European Security Review
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Zeitschrift Europäische Grundrechte
EUISS	Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (European Union Institut for Security Studies)
EULEX/ EULEX-Mission	Rechtsstaatlichkeitsmissionen der Europäischen Union im Kosovo
EULEX OCIU	EULEX Organised Crime Investigation Unit – Ermittlungseinheit der EULEX-Mission gegen organisierte Kriminalität
EULEX WCIU	EULEX War Crimes Investigation Unit – Ermittlungseinheit der EULEX-Mission gegen Kriegsverbrechen
EUPM	EU-Polizeimission in Bosnien-Herzegowina (European Union Police Mission in Bosnia and Herzegovina)
EuR	Zeitschrift Europarecht
EuRH	Europäischer Rechnungshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgend
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	fortfolgend
FS	Festschrift

FW	Die Friedens-Warte – Journal of International Peace and Organization
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union
Genfer Abkommen	vier Genfer Konventionen vom 12. August 1949
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GLJ	German Law Journal
Global Governance	Zeitschrift Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations
HS	Halbsatz
HJIL	Houston Journal of International Law
HKLO	Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907
h. M.	herrschende Meinung
HRGO	Human Rights and Gender Office (nunmehr: Human Rights and Legal Office, siehe HRLO) – strukturelle Einheit der EULEX-Mission
HRAP	Human Rights Advisory Panel – Einrichtung der UNMIK-Mission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen
HRRP	Human Rights Review Panel – Einrichtung der EULEX-Mission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
HuV	Zeitschrift Humanitäres Völkerrecht
ICJ	International Court of Justice (auch: IGH)
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
ICTR	Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda (International Criminal Tribunal for Rwanda)
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia)
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
IGH	Internationaler Gerichtshof (auch: ICJ)
ILA	International Law Association
ILC	UN-Völkerrechtskommission (International Law Commission)
(IMI) – „AUSDRUCK“	Zeitschrift der Informationsstelle Militarisierung – „AUSDRUCK“
Integration	Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration
IP	Zeitschrift Internationale Politik
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966
IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966
IRRC	Int'l Review of the Red Cross
i. S. d.	im Sinne der (des)
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
i. V. m.	in Verbindung mit
JIP	Journal of International Peacekeeping